

ABHANDLUNGEN

Politikwissenschaft als Universitätslaufbahn: Eine Kollektivbiographie politikwissenschaftlicher Hochschullehrer/-innen in Deutschland 1949–1999

Cord Arendes / Hubertus Buchstein

Die Politikwissenschaft hat sich in den letzten fünf Jahrzehnten fest im universitären Fächerkanon der Bundesrepublik etabliert. Der folgende Beitrag präsentiert die Ergebnisse einer kollektivbiographischen Studie zur Entwicklung der Disziplin für die Jahre 1949–1999. Untersucht wurden folgende Fragekomplexe: Die regionale Herkunft der Professorenschaft; ihr Abschlussalter bei Beendigung von Schule, Studium, Promotion und Habilitation; das Erstberufungsalter; die regionale Verteilung der Promotionen, Habilitationen und Erstberufungen; die Kopfstärke des Faches im Zeitverlauf und die Altersstruktur der Professorenschaft. Vor allem die Befunde zur aktuellen Altersstruktur der Professorenschaft lassen es angesichts der gegenwärtigen hochschulpolitischen Situation fraglich erscheinen, ob das Fach seine bisherige universitäre Erfolgsgeschichte auch zukünftig weiter fortschreiben kann.

1. Einleitung

Die Wiederbegründung der Politikwissenschaft als Universitätsdisziplin ist in Deutschland vergleichsweise jungen Datums. Der Zeitpunkt der Errichtung der ersten Lehrstühle in Hessen und Baden-Württemberg liegt gerade ein knappes halbes Jahrhundert zurück und bis in die 1980er Jahre hinein erlebte die Disziplin eine von ihren Gründervätern in dieser Größenordnung nicht zu erhoffen gewagte Expansion. Heute ist die Politikwissenschaft an der Mehrzahl der deutschen Universitäten mit nicht nur einer, sondern mit mehreren Professuren oder Lehrstühlen vertreten und hat sich auch in den neuen Bundesländern flächendeckend etabliert. Trotz einschneidender finanzieller und personeller Kürzungen im Hochschulbereich konnte das Fach in den letzten fünfzehn Jahren seine zahlenmäßige Kopfstärke nochmals leicht ausbauen. Auch die Zahl der Studierenden hat sich über Jahre hinweg als bemerkenswert konjunkturreäsent erwiesen und die Studiengänge des Faches differenzieren sich derzeit mit dem Auf- und Ausbau von B.A.- und M.A.-Studiengängen sogar massiv weiter aus. Politikwissen-

schaft als Universitätsdisziplin ist zu einer Profession geworden, die über ein gefestigtes Berufsbild verfügt und keine Nachwuchssorgen hat. Dies zeigt nicht zuletzt die Zahl der habilitierten und neuerdings auch nicht-habilitierten (Junior-Professoren/-innen) Bewerber auf politikwissenschaftliche Professuren.

Wir wollen in diesem Beitrag einen ersten Versuch unternehmen, die Fachgeschichte der Politikwissenschaft in Deutschland im Rahmen einer *kollektivbiographischen Studie* für den Zeitraum von ihrer Institutionalisierung an den Universitäten bis heute zu untersuchen.¹ In der Politikwissenschaft wurde bisher noch nicht mit diesem Verfahren gearbeitet, sieht man einmal von einer Karrierewege studie von Klaus Armingeon ab.² Überhaupt fällt im Vergleich zum aktuellen Stand der Fachgeschichtsschreibung in anderen Disziplinen der einseitige methodologische Zugang ins Auge.³ In der Soziologie und in der Geschichtswissenschaft hat sich für die systematische quantitative Sammlung und Auswertung ausgewählter Lebensdaten schon seit längerer Zeit der Begriff „Kollektive Biographie“ eingebürgert.⁴ Hier sind kollektivbiographische Methoden zudem bereits mehrfach mit Erfolg für unterschiedliche Professorenpopulationen angewandt worden.⁵ Die vorliegende Untersuchung schließt zudem zum Diskussionsstand in der allgemeinen Wissenschaftshistoriographie auf, wo sich seit Beginn der 1980er Jahre eine kräftige Aufschwungphase in den Bereichen Bildungsso-

1 Die empirischen Recherchen erfolgten im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes (2001–2003). Wir danken Maxi Nachtigall, Diana Przybylski und Katharina Beier für ihre Hilfe bei der Datenbeschaffung und Dateneingabe.

2 Armingeon untersuchte anhand weniger ausgewählter biographischer Kerndaten „die Struktur und die Entwicklung der durchschnittlichen Karrieren der amtierenden Professorinnen und Professoren in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ (Armingeon 1997: 103). Das Verfahren der Kollektiven Biographie beschränkt demgegenüber das Forschungsfeld nicht auf eine kleine Untergruppe, sondern strebt die Untersuchung möglichst umfassender Einheiten an. Nicht nur der berufliche Karriereverlauf, sondern der gesamte Lebensverlauf steht im Zentrum des Forschungsinteresses. Zudem ermöglicht die Analyse einer Gesamtpopulation auch eine adäquatere Beschreibung historischer Entwicklungsschritte. Auf der Basis einer reinen Querschnittsbetrachtung wirft dieses Vorgehen in der Regel methodische Probleme auf. Vergleiche hierzu Hillmerts Kritik an Armingeon (Hillmert 2003: 121).

3 Einen aktuellen Überblick über die primär qualitativ und an Archivrecherchen orientierte Historiographie der deutschen Politikwissenschaft gibt Mohr (2003).

4 In der Soziologie wird zudem zwischen quantitativ orientierter Lebensverlaufsfor schung (Abfrage der Abfolge ‚objektiver‘ Ereignisse im Längsschnitt) und qualitativ orientierter Biographieforschung (Rekonstruktion der Lebensgeschichte der Befragten aus deren Perspektive) unterschieden (vgl. Lamnek 2002: 2). Die Lebensverlaufsfor schung bildet somit das Pendant zur Kollektiven Biographie in der historischen Sozialforschung. In der Geschichtswissenschaft lässt sich der Begriff bis zum Anfang der 1970er Jahre zurückverfolgen. Lawrence Stone definierte die Methode der Kollektiven Biographie damals allgemein als „the investigation of the common background characteristics of a group of actors in history by means of a collective study of their lives“ (Stone 1971: 45).

5 Dies zeigen die Studien über den Lehrkörper der TH Charlottenburg/TU Berlin 1879–1945 (Schröder 1979), die Ordinarien der Geschichtswissenschaft in Deutschland 1800–1970 (Weber 1984a, 1984b), die rumänischen Historiker 1924–1947 (Deutsch/Schröder 1985) oder die unlängst erschienene Berufungsgeschichte der deutschen Universitätsphilosophie 1918–1945 (Tilitzki 2002). Kollektive Biographien wurden auch häufig im Rahmen der Eliten- und Parlamentarismusforschung – auch hier zumeist von Historikern (Schröder 1986, 1995) – oder für Journalistengruppen erstellt (Hausjekk 1989; Schmid 2000).

zial-, Universitäts- und Disziplingeschichte feststellen lässt. In den 1990er Jahren lagen die Schwerpunkte besonders auf einzelnen Universitäten und neuen sozialgeschichtlichen Anstößen im Feld der quantifizierenden Methoden (vgl. vom Bruch 1980, 1989).⁶

Das Ziel der folgenden Untersuchung besteht in einer Ergänzung der bisherigen Fachgeschichtsschreibung um eine kollektivbiographische Analyse ihrer Professorenschaft. Dazu wollen wir zuerst kurz die in der politikwissenschaftlichen Historiographie bislang noch nicht angewandte Methode der Kollektivbiographie skizzieren und in diesem Zusammenhang auch die ungewöhnlich schwierige Quellenlage für unsere Recherchen erläutern (2). Im Anschluss daran sollen dann in mehreren Unterabschnitten die empirischen Befunde zu einzelnen Fragebündeln präsentiert werden. Wir haben uns bei der Auswahl der Fragen auf solche Aspekte konzentriert, die sich zunächst einmal nur mit der inneren Struktur der Disziplin befassen: Altersdurchschnitt an den Karrierewendepunkten, Kopfstärke, Altersstruktur des Faches etc. (3). Die Befunde können nicht nur der Überprüfung und Korrektur vielfach geäußerter Generalisierungen und Hypothesen über die Fachentwicklung dienen, sondern ihnen kommt auch eine ganz praktische Bedeutung für die personelle Ist-Analyse der Disziplin und ihrer Zukunft angesichts der gegenwärtigen hochschulpolitischen Reformdebatten zu (4).

2. Kollektive Biographie als Methode – Überblick über die benutzten Quellen

Kollektive Biographien streben mittels quantitativer Analysen eine Rekonstruktion von Lebensläufen, in unserem Falle der Gruppe der Professoren/-innen für Politikwissenschaft in Deutschland, an. Wir wollen im Folgenden einige Grundüberlegungen hinsichtlich dieser Methode skizzieren und dabei auch auf die disparate Quellenlage eingehen.

Bei der Kollektiven Biographie handelt es sich um eine interdisziplinär verfügbare Methode im Schnittpunkt verschiedener Disziplinen wie Geschichtswissenschaft, Soziologie und Politikwissenschaft. Unter Kollektiver Biographie ist „die theoretisch und methodisch reflektierte, empirische, besonders auch quantitativ gestützte Erforschung eines historischen Personenkollektivs in seinem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext anhand einer vergleichenden Analyse der individuellen Lebensläufe der Kollektivmitglieder“ (Schröder/Weege/Zech 2000: 69) zu verstehen. Dabei geht es aber nicht um einen Vergleich von umfassenden Einzelfallanalysen. Die individuellen Lebensläufe müssen sich stattdessen immer an der Kontrastfolie des durchschnittlichen Wertes der Grundgesamtheit der Kollektiven Biographie ‚messen‘ lassen. So treten zwei For-

⁶ Eigenartigerweise hat der zunehmende Methodenpluralismus in anderen Bereichen der Politikwissenschaft keine empirisch-quantifizierenden Entsprechungen auf dem Gebiet der Disziplinengeschichte gefunden: So spielten zum Beispiel sozialgeschichtliche Ansätze, welche die Bedeutung kollektiver Lebens- und Laufbahnprofile reflektieren, bis jetzt keine Rolle. Selbst grundlegende Zählungen und Klassifikationen suchte man bisher vergebens. Dabei wäre es bereits durch einfache Operationen (‚kleiner oder größer‘ – ‚weniger oder mehr‘) möglich, bisherige Aussagen der Fachgeschichtsschreibung über Entwicklungstendenzen des Faches zu präzisieren bzw. sie mit gesichertem Zahlenmaterial zu unterlegen. Die Ausgangslage ähnelt somit der Situation in der Geschichtswissenschaft in den 1970er Jahren (vgl. Kocka 1977).

schungsintentionen in den Vordergrund: Erstens stehen anstelle historischer Einzelpersonlichkeiten klar abzugrenzende Personenkollektive oder -aggregate im Mittelpunkt der Untersuchung. Zweitens wird eine einseitige Fixierung auf bestimmte biographische Merkmale und/oder Lebensphasen vermieden – der Lebenslauf als Ganzes wird thematisiert (vgl. Schröder 1985b: 8). Eine weitere wichtige Überlegung hierbei ist es, die Binnendifferenzierung einer sozialen Gruppe unter dem Gesichtspunkt der damit erreichbaren Steigerung von Problembearbeitungskomplexität zu interpretieren (vgl. Stichweh 1993: 235–239).

Ein grundsätzliches Problem beim Umgang mit biographischem Quellenmaterial liegt auf der Hand: Neben der Frage der Selektivität – biographische Informationen können unvollständig, unzuverlässig, ungenau oder voreingenommen sein – lassen sie sich auch durch sorgfältige quellenkritische Aufbereitung und umfangreiche Zusatzerhebungen nicht immer im gewünschten oder gar erforderlichen Maße vervollständigen bzw. bereinigen (Datendefizite und Datendefekte). Die Quellenlage ist natürlich immer dann günstiger, wenn schon biographisch aufgearbeitete Quellen bestehen, also die Mitglieder des zu untersuchenden Personenaggregates schon zu Lebzeiten biographische Selbstzeugnisse in ausreichender Zahl produziert haben oder die ausgewählte Personengruppe bereits Subjekt oder Objekt von entsprechenden Erhebungen war (vgl. auch Schröder/Weege/Zech 2000: 78–86).⁷ Durch die Einführung der quantitativen Untersuchungsebene wird versucht, das Problem der unvollständigen und unzuverlässigen Quellenlage zumindest teilweise zu kompensieren. Zufällige Verzerrungen in der Quellensituation, die sich bei einem Vergleich nur weniger ausgewählter Lebensläufe zwangsläufig ergeben, können so in vielen Fällen ausgeglichen werden. Die Quantifizierung dient dabei als ein Instrument, um die Gesamtheit der Professoren/-innen des Faches und nicht nur eine Minderheit besonders publikationsfreudiger bzw. durch die Übernahme von Funktionen bekannter Personen zu untersuchen.⁸ Durch die Verknüpfung von Einzelbiographie und sozialem Kollektiv lassen sich im Idealfall gesellschaftliche Prozesse aufdecken, die sich sonst nur außerhalb des Blickfeldes der beteiligten Akteure abspielen würden (vgl. Chroust 1993: 87). Erst durch die Analyse einer Gesamtheit lässt sich eine bzw. die ‚Norm‘ finden, von der aus spezifische Befunde als Veränderungen bewertet werden können. Nur durch die Ermittlung einer für die deutsche Politikwissenschaft durchschnittlichen – im Sinne von ‚normalen‘ – Entwicklung kann es überhaupt gelingen, den typischen Karriereweg der Professoren/-innen für Politikwissenschaft zu bestimmen, bestehende Untergruppen innerhalb der Grundgesamtheit offenlegen oder vorhandene Abweichungen (z.B. Erhöhung des Frauenanteils) zu

7 Gerade im Bereich der autobiographischen Quellen werden persönliche Angaben – oft auch absichtlich und bewusst – verändert, hinzugefügt oder schlicht weggelassen. Das Ziel der Manipulationen besteht darin, die Diskrepanz zwischen einem ‚karrierekonformen‘, d.h. erwünschtem und dem faktischen Lebenslauf zu verringern oder gar gänzlich auszulöschen. Da in unserem Fall nur Personen untersucht werden, die eine Professur für das Fach Politikwissenschaft – also ein öffentliches ‚Amt‘ – bekleiden und wir uns auf Datenkomplexe beschränken, deren Plausibilität leicht zu überprüfen ist, können solche Manipulationen allerdings nahezu ausgeschlossen werden.

8 So erscheint uns ein Vergleich weniger prominenter Mitglieder einer bestimmten Generation deutscher Politikwissenschaftler/-innen, etwa auf der Basis der biographischen Annäherungen bei Rupp/Noetzel (1991, 1994), als nicht ausreichend.

identifizieren. Die kollektivbiographische Vorgehensweise steht im deutlichen Gegensatz zur bislang qualitativ orientierten, in der Regel auf Instituts- und Personalakten sowie auf Publikationen von Hochschullehrern gestützten, Arbeitsweise. Sie bietet genau aus diesem Grund eine wichtige Ergänzung zu den mit den bisherigen Methoden erarbeiteten Befunden der Fachgeschichtsschreibung.

Bis jetzt lagen biographisch aufgearbeitete Quellen zur Politikwissenschaft nur in sehr begrenztem Maße vor. Unsere Untersuchung hat deshalb den Charakter einer Primäranalyse. Durch die Begrenzung auf alle Hochschullehrer/-innen, die zwischen der Gründung der Disziplin im Jahre 1949 und dem Ende des Untersuchungszeitraumes 1999 auf deutschem Gebiet an einer Universität oder einer vergleichbaren Einrichtung⁹ eine Professur¹⁰ in der Disziplin Politikwissenschaft innegehabt haben, sind klare und objektivierbare Kriterien vorhanden, die über Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zum historischen Personenkollektiv entscheiden.

Die benötigten Daten wurden auf der Ebene der einzelnen Personen, also als Individualdaten, durch Versand eines selbst entworfenen Fragebogens erhoben und elektronisch aufbereitet sowie ausgewertet. Neben der Unvollständigkeit der Quellen wurde die Suche durch die datenschutzrechtliche Lage erschwert. Da es sich beim überwiegenden Teil der Professoren/-innen um lebende Personen handelt, war ein Archivzugang in diesen Fällen von vornherein ausgeschlossen. Eine Vollerhebung der Daten zur Wahrung des Pilotcharakters der Untersuchung wurde trotzdem angestrebt und die Daten aus allen uns zugänglichen öffentlichen Quellen ergänzt. Ihre eigentliche Verwendung fanden die Daten erst in entsprechend anonymisierter und standardisierter Form. Aussagen über konkrete Personen können so nicht mehr getroffen werden. Bei den für die vorliegende Untersuchung berücksichtigten Quellengruppen kann grundsätzlich zwischen Quellen unterschieden werden, die der Erfassung der Grundgesamtheit dienen (1) und Quellen, die (zusätzlich) biographische Informationen über Angehörige der Grundgesamtheit enthielten (2):

1. Um zu einer ersten umfassenden Liste mit Professoren und Professorinnen für das Fach zu gelangen, wurden die Namen all jener Personen ermittelt, die sich in den jeweils aktuellen Ausgaben bekannter Wissenschaftlerverzeichnisse selbst der Rubrik Politikwissenschaft bzw. den entsprechenden Teilgebieten zugeordnet hatten.¹¹ Auf

⁹ Kennzeichen für Universitäten und vergleichbare Einrichtungen ist ihre „deutlich wissenschaftlich(e) Ausrichtung“ (Hochschulrektorenkonferenz 1999: 2). In diesem Sinne erfolgte hier eine Beschränkung auf alle Universitäten, Technische Hochschulen und Universitäten, Universitäten der Bundeswehr, Universitäten-Gesamthochschulen, Pädagogische und spezialisierte Hochschulen, an denen Politikwissenschaft als eigenständige Disziplin gelehrt wurde/wird, d.h. durch einen/mehrere eigene Lehrstühle vertreten war/ist.

¹⁰ Natürlich führte die Auswahl des Untersuchungsgegenstandes zu verschiedenen Ein- und Abgrenzungsproblemen. Das Kriterium ‚Professur für Politikwissenschaft‘ wurde in den Randbereichen der Disziplin und in Zweifelsfällen eher ‚weich‘ angewandt. In die Untersuchung aufgenommen wurden alle C2, C3 und C4 Professuren des Faches, die mit einer Lebenszeitstelle in Verbindung gebracht werden konnten. Nicht berücksichtigt wurden grundsätzlich Honorarprofessuren, befristete Sonder- oder Forschungsprofessuren („auf Zeit“), sowie alle außerplanmäßigen Professuren, die keiner entsprechenden Lebenszeitstelle *eindeutig* zugeordnet werden konnten.

¹¹ Vgl. ‚Kürschners deutscher Gelehrtenkalender‘ (17. Ausgabe 1996: 1814–1829), ‚VADEME-

diese Weise entstand eine umfangreiche Liste von über 1800 Politikwissenschaftlern/-innen. Um zur benötigten Grundgesamtheit zu gelangen, musste diese Liste nun um alle Personen bereinigt werden, die entweder (im weitesten Sinne) nicht dem Fach zuzurechnen waren oder nicht dem von uns definierten Status eines/-r Professors/-in entsprachen. Berücksichtigung mussten auch die Hochschullehrer/-innen finden, die zum Erfassungszeitpunkt 1999 bereits verstorben waren und deshalb nicht mehr in den entsprechenden Verzeichnissen erschienen.¹² Als hilfreich erwiesen sich darüber hinaus die Mitgliederlisten der DVPW und DGfP. Die genaue Zahl der Hochschulen, an denen Politikwissenschaft in Deutschland als eigenständiges Fach gelehrt wird, wurde in einem Verfahren der stetigen Annäherung ermittelt. Als Basis dienten wiederum verschiedene offizielle Verzeichnisse.¹³ Um die bisher ermittelte Grundgesamtheit eindeutig der Politikwissenschaft sowie den einzelnen Hochschulen bzw. Instituten zuordnen zu können, erwies sich ein weiterer gezielter Schritt zur Optimierung des bisherigen Datenstammes als notwendig, nämlich die Überprüfung der entsprechenden Vorlesungsverzeichnisse aller ermittelten Universitäten und Hochschulen. Diese wurden in der Staatsbibliothek zu Berlin – je nach Vorhandensein und aufgrund vorausgegangener Stichproben – neben der aktuellen Ausgabe (Wintersemester 1999/2000) im Abstand von vergleichbaren Zeitintervallen und für bestimmte Zuordnungsfragen zusätzlich überprüft.¹⁴ Als weiterer Arbeitsschritt wurden in der ‚Deutschen Universitätszeitung‘ (verschiedene Reihentitel 1949–1999) alle Stellenanzeigen für Erst- und Wiederbesetzungen im Bereich Politikwissenschaft und im Grenzbereich zu den Nachbardisziplinen (z.B. Politische Soziologie, Sozialwissenschaftliche Methodenlehre etc.) erfasst. Letztendlich ergab sich eine Grundgesamtheit von insgesamt 603 verschiedenen Inhabern/-innen von Professuren für Politikwissenschaft zwischen 1949 und 1999. Die Zugehörigkeit zur so definierten Untersuchungsgruppe ist nichtsdestotrotz auch in unserem Fall in einigen Grenzfällen letztlich das Ergebnis von Entscheidungen, die wir nach besten Wissen über die betreffenden Personen, ihre institutionelle Zugehörigkeit und ihre wissenschaftlichen Arbeiten zu treffen hatten. Denn es gibt für den gesamten Untersuchungszeitraum keine Quelle, welche die Grundgesamtheit ‚Professoren/-innen für Politikwissenschaft‘ völlig eindeutig zu benennen vermag.¹⁵ Mit

CUM Deutscher Lehr- und Forschungsstätten‘ (9. Auflage 1996: 166–188) sowie ‚Hochschullehrerverzeichnis des Deutschen Hochschulverbandes‘ (8. Auflage 1999: Teil 2, 10–13).

12 Siehe hierzu ‚Die Lehrstühle an den wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik‘ (herausgegeben vom Hochschulverband – verschiedene Reihentitel 1955–1970).

13 Vgl. ‚Studienangebote deutscher Hochschulen‘ (herausgegeben von der Hochschulrektorenkonferenz – verschiedene Reihentitel, 1974–1999), ‚VADEMECUM. Stätten der Forschung‘ (Ausgabe 1997: 49–58 u. 374–394) sowie ‚Hochschullehrerverzeichnis des Deutschen Hochschulverbandes‘ (8. Auflage 1999: Teil 1, 1–11).

14 Der Abstand betrug dabei in der Regel drei bis fünf Jahre, um die jeweilige Anzahl, die Inhaber/-innen, die Denomination und die Zuteilung der Professur zu einem Institut oder einer bestimmten Fakultät bzw. zu einem Fachbereich zu ermitteln.

15 Eine genaue Zuordnung anhand der amtlichen Hochschulstatistik (aktuell: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.4) erscheint bestenfalls noch für die Anfangsjahre möglich. Politikwissenschaft wird erst seit ab Mitte der 1990er Jahre wieder als separates Fach geführt. Für die weiter zurückliegenden Jahre erfolgte die Zählung zumeist im Verbund mit anderen Sozialwissenschaften. Erschwerend kommt der Umstand hinzu, dass auch die einzelnen Bereiche der

dem Verfahren der ‚mehrfachen Annäherung‘ ist aber sowohl eine möglichst genaue Explikation der Grundgesamtheit wie auch die bestmögliche Vollständigkeit der Quellen gewährleistet. Durch die große Zahl benutzter Einzelquellen kann das vorhandene Material zudem mit Recht als hinreichend repräsentativ bezeichnet werden. Eventuelle Fehler in der Zuordnung zum Fach oder Nicht-Berücksichtigung von Personen, die den aufgestellten Kriterien entsprochen hätten, sind natürlich auch bei unserem Vorgehen nicht gänzlich auszuschließen. Mit dem Fragebogen als Hauptinstrument zur Erfassung von biographischen Informationen steht aber eine Kontrollinstanz bereit, die es ermöglicht, Unstimmigkeiten zu problematisieren und sie in der Folge auszuräumen.

2. Der Fragebogen wurde in Anlehnung an erfolgreiche Untersuchungen in anderen Fächern¹⁶ eigens für diese Untersuchung entwickelt. Hier wurden mit Blick auf die allgemeine Quellenlage und nach ersten Stichproben Grundvariablen erhoben und biographische Basisdaten zum Lebenszyklus, Angaben zur regionalen und sozialen Herkunft, zur Schul- und Universitätsausbildung und zum wissenschaftlichen Karriereverlauf der einzelnen Professoren/-innen ermittelt.¹⁷ Der Versuch, das Datenmaterial für die Kollektive Biographie deutscher Politikwissenschaftler/-innen per Fragebogen zu erheben, darf insgesamt als erfolgreich betrachtet werden.¹⁸ Der sofort verwertbare Anteil an den versandten Fragebögen lag bei rund 51 Prozent (269/529). Die Beteiligung lag somit deutlich über dem Durchschnitt ähnlicher Be-

Politischen Bildung, also Gegenwarts-, Gemeinschafts- und Staatsbürgerkunde, getrennt ausgewiesen wurden. Die Angaben zur Kopfstärke des Faches weichen u.a. aus den genannten Gründen in zum Teil erheblichen Maße von den Ergebnissen unseres Projektes ab.

- 16 So wurde indirekt auf den Fragebogen der historisch-sozialwissenschaftlichen Untersuchung Wolfgang Webers zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker in den Jahren von 1800 bis 1970 (Weber 1984a, 1984b; bes. 1984a: 527–531) und den Fragebogen zur Ermittlung sozialer Charakteristika der ordentlichen Mitglieder der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zwischen den Jahren 1810 und 1949 (zu diesem Projekt vgl. AG Berliner Akademiegeschichte 1997) zurückgegriffen.
- 17 Wie die Aufzählung zeigt, mussten in dieser Bestandsaufnahme einige Bereiche leider unberücksichtigt bleiben: Neben Angaben zur (karriererelevanten) sozialen Verflechtung gilt dies auch für Angaben zu Tätigkeiten außerhalb der Universität, im Wissenschaftsmanagement sowie zum sozialen und politischen Verhalten. Von einer Erhebung dieser selten nachgefragten und somit im Dunkeln liegenden Daten wurde abgesehen, da bei Nicht-Beantwortung es mit den vorhandenen Ressourcen unmöglich gewesen wäre, auf andere Art und Weise an diese Informationen zu gelangen.
- 18 Für den Bearbeitungszeitraum von 1949 bis 1999 ergab sich eine Grundgesamtheit von 603 Professoren/-innen für das Fach. 74 Personen waren zum Befragungszeitpunkt bereits verstorben. Von den Verbliebenen 529 antworteten 311 in den zwei Durchgängen der Befragung. Dies entspricht einem Anteil von knapp 59 Prozent. Hiervon lehnten 42 in schriftlicher oder mündlicher Form eine Beantwortung des Fragebogens aus ‚gegebenen‘ – und somit trotzdem verwertbaren – Gründen ab. Denn bei weit über der Hälfte dieser ablehnenden Antworten handelt es sich ihrem Selbstverständnis nach nicht um Politikwissenschaftler, sondern um ‚gelernte‘ Historiker, Juristen oder Soziologen. Ablehnungen aufgrund der speziellen Konzeption des Fragebogens oder Bedenken bezüglich des Datenschutzes wurden lediglich von einer kleinen Zahl thematisiert. Da die übrigen 218 Angeschriebenen trotz gleich lautender Aufforderung auch darauf verzichteten, uns den Grund ihrer Ablehnung mitzuteilen, kann eine eventuelle ‚stille‘ Ablehnung des Fragebogens zwar nicht ermittelt, in vielen Fällen aber vermutet werden.

fragungen.¹⁹ Bei der Konzeption des Fragebogens war besonderes Augenmerk darauf gelegt worden, dass zumindest Schlüsselantworten aus Sekundärquellen heraus ergänzt werden konnten. Auf diese Weise sollten auch die nicht vollständig ausgefüllten Fragebögen verwertbar bleiben.²⁰ Weiteren Quellen wurde die Funktion zugewiesen, die Lücken zu füllen, die durch nicht zurückgesandte oder fehlerhaft ausgefüllte Fragebögen entstanden waren.²¹

3. *Professoren/-innen für Politikwissenschaft*

Die Hochschullehrer/-innen des Faches Politikwissenschaft wurden von uns als eindeutig abgrenzbare soziale Gruppe mit einem eigenen Personalprofil definiert. Versteht man eine Biographie als sinnhafte Struktur der Lebensführung, dann gibt uns eine ‚Normalbiographie‘ eine Vorstellung von der Erwartbarkeit und Durchschnittlichkeit von Ereignissen im Lebenslauf. Dies gilt besonders dann, wenn die typischen Lebenswege einer Berufsgruppe dank ihres vergleichbaren Laufbahnverhaltens einander stark ähneln (vgl. Fuchs-Heinritz 2000: 36). Aufgrund der geschilderten schwierigen Quellenlage ist es nicht gelungen, alle uns interessierenden Daten über die Grundgesamtheit der 603 Personen vollständig zu ermitteln.²² Eine Analyse der ermittelten Anga-

19 In der Studie von Böhret (1984: 221) betrug der Rücklauf knapp 47 Prozent (266/571), bei Klingemann/Falter (1998: 306) etwas über 25 Prozent (316/1256).

20 Die Strukturierung der Fragebögen erfolgte in chronologischer Reihenfolge analog zum Lebenslauf der Betroffenen. Bei den offenen wie auch geschlossenen Frageformen handelte es sich durchweg um Faktenfragen. Auf Meinungs- oder Verhaltensfragen wurde vorsorglich verzichtet.

21 Als Quelle für den wissenschaftlichen Karriereverlauf dienten wiederum die entsprechenden Vorlesungs- bzw. Personalverzeichnisse der Hochschulen, an denen Politikwissenschaft als eigenständige Disziplin gelehrt wird. Einen weiteren Grundstock bildeten die Angaben aus ‚Kürschners Gelehrtenkalender‘ (1996). Sie hatten den Vorteil, dass sie gegebenenfalls Informationen für alle benötigten Lebensabschnitte enthielten. Für im Jahr 1999 bereits emeritierte oder zu diesem Zeitpunkt schon verstorbene Personen wurde auf die entsprechenden älteren Ausgaben zurückgegriffen. Als weitere aussagekräftige Quellen erwiesen sich das vom ECPR herausgegebene ‚Directory of European Political Scientists‘ (2nd edition 1973 u. 4th fully revised edition 1985), die Ausgaben der ‚Politischen Vierteljahresschrift‘ (1960–1999) und des ‚Rundbriefes der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft‘ (1979–1999) sowie die Ausgaben der ‚Deutschen Universitätszeitung‘ (1949–1999): Hier fanden sich vor allem Stellenanzeigen, Personalmeldungen, Nachrufe, die Vorstellung einzelner Institute, aber auch zeitgenössische Listen von Promotions- und Habilitationsprojekten. Nicht flächendeckend, sondern nach Bedarf und Vorhandensein, sind auch die verstreut erschienenen Festschriften und Jubiläumsbände, bereits veröffentlichte (Auto-)Biographien und andere Formen von Lebensbeschreibungen, Nachrufe in Zeitungen und Zeitschriften, aber auch ‚Meldungen‘ wissenschaftlicher Informationsdienste sowie Angaben im Rahmen von Netzauftritten der Universitäten bzw. Fachbereiche in unsere Untersuchung mit eingeflossen.

22 Eine starke Streuung der Informationen auf unterschiedliche Massenquellen führt zur Frage des Grenznutzens bei der Datenbeschaffung. Mit steigender Bearbeitungsdauer wird ein Punkt erreicht, an dem die systematische Quellenschließung abgeschlossen ist und nur noch aufwendige Recherchen kleinere Teilerfolge bescheren. Die Auswertung der Quellen und die Analyse der aufbereiteten Daten sollte aber letztlich in einem ausgewogenen Verhältnis zur Reliabilität der erwarteten Resultate stehen (vgl. Schröder 1985b: 14).

ben erlaubt es uns aber gleichwohl, die Grundgesamtheit ausreichend zu strukturieren, wenn sich auch an dieser Stelle tief gehende Detailanalysen verbieten. Wir haben diese erste kollektivbiographische Untersuchung der Politikwissenschaft deshalb auf Fragekomplexe konzentriert, die sich mit dem personellen Status quo und der personellen Entwicklung des Faches befassen. Ein flächendeckender Überblick über die Veränderungen in der Disziplin, der auch das Wachstum der institutionellen Arrangements und die inhaltliche Ausdifferenzierung in verschiedene Teilbereiche berücksichtigt, kann aufgrund unserer Datenlage an dieser Stelle noch nicht präsentiert werden und ist daher späteren Untersuchungen vorbehalten. Im Einzelnen beziehen sich die sechs hier untersuchten Fragekomplexe auf: die regionale Herkunft der Professoren/-innen, Schullaufbahn und Studium, das Alter an den Karrierewendepunkten Promotion, Habilitation und Erstberufung und deren regionale Verteilung, die Kopfstärke des Faches im Zeitverlauf sowie die Altersstruktur der Professorenschaft.

3.1 Regionale Herkunft

Gibt es bezüglich der regionalen Herkunft der deutschen Politikwissenschaftler/-innen besonders auffällige Merkmale? Insgesamt ergab die Auswertung eine Zahl von 299 verschiedenen Geburtsorten. Die Orte waren zudem weit gestreut. Lediglich einige große Städte wie Berlin (44), Stuttgart (19) oder Hamburg (10) erreichten bei den Nennungen einen zweistelligen Wert. Ordnet man den Geburtsorten die Variable ‚Nationalität‘ zu, so zeigt Tabelle 1, dass über 90 Prozent der Untersuchungseinheit in Deutschland bzw. zum Zeitpunkt ihrer Geburt in noch zum Deutschen Reich gehörenden Städten und Gemeinden geboren wurden. Von den übrigen knapp 10 Prozent ist wiederum die Mehrzahl entweder ebenfalls deutscher Abstammung oder im erweiterten deutschen Sprachraum (Österreich/Schweiz) zur Welt gekommen. Bemerkenswert ist der Umstand, dass nur ein verschwindend geringer Anteil der Untersuchungseinheit aus dem Staatsgebiet der früheren DDR entstammt. Es ist somit davon auszugehen, dass es nur sehr wenige oder gar keine Stelleninhaber/-innen geben wird, die ihre wissenschaftliche Sozialisation im Hochschulsystem der DDR genossen haben. Die Behauptung einer „Landnahme“ der westdeutschen Politikwissenschaft (Lehmbruch 1995: 341) findet mit diesem Befund auch im personellen Bereich ihre volle Bestätigung. Vor dem Hintergrund der regionalen Herkunft der Professorenschaft ist die Politikwissenschaft in Deutschland als nahezu homogen zu bezeichnen.

Der Umstand, dass ein Teil der Geburtsorte in Regionen lag, die nach 1945 nicht mehr zum deutschen Staatsgebiet gehörten, machte eine zusätzliche Unterkategorie ‚Flüchtlinge‘ erforderlich. Da davon auszugehen ist, dass das Erleben von Flucht und Vertreibung für die spätere Sozialisation einen nicht unbedeutenden Faktor ausmacht, wurde zusätzlich deren Anteil ermittelt.²³ Er liegt, bezogen auf die Gruppe der vor 1945 im Deutschen Reich geborenen Politikwissenschaftler/-innen (365), bei rund 12 Prozent (44). Inwieweit diese Erfahrung einen nachweisbaren Einfluss auf die Wahl

²³ Als Flüchtlinge galten hier automatisch alle Angehörigen der Untersuchungseinheit, deren ursprünglich deutscher Geburtsort nach 1945 weder dem Gebiet der BRD noch dem der DDR zugerechnet werden kann. Die Bedeutung der späteren Flüchtlinge aus der DDR müsste noch einmal separat untersucht werden.

Tabelle 1: Geburtsorte nach nationaler Herkunft

<i>Nationale Herkunft</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>
Deutsches Reich bis 1945	365	72,7
BRD ab 1945	86	17,1
DDR ab 1945	5	1,0
Österreich/Schweiz	8	1,6
übriges Europa	26	5,2
andere Länder	12	2,4

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=502).

des späteren Berufes bzw. Faches genommen hat, kann hingegen nur von Fall zu Fall überprüft werden.

Ordnete man die Geburtsorte zusätzlich nach ihrer Größe, so ergab sich bezüglich der sozialen Herkunft der Professoren/-innen für Politikwissenschaft in Deutschland ein überraschend urbaner Hintergrund. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, wurde mehr als die Hälfte der Untersuchungseinheit in Groß- oder Millionenstädten geboren. Jeweils ein knappes Viertel stammt aus Städten oder aus ländlichen Gebieten (Kleinstädte und Dörfer). Zusätzlich erhobene Angaben zur sozialen Herkunft (Beruf der Eltern etc.) lassen zudem einen eher bürgerlichen Hintergrund der Untersuchungseinheit vermuten. Aufgrund der schlechten Quellenlage kann diese Aussage hier aber nur als eine Prognose verstanden werden.

Tabelle 2: Geburtsorte nach Ortsgröße

<i>Ortsgröße</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>
Millionenstadt (> 1.000.000 EW)	77	16,2
Großstadt (> 100.000 EW)	173	36,4
Stadt (10.000 < 100.000 EW)	113	23,7
Kleinstadt (5000 < 10.000 EW)	51	10,7
Land (< 5000 EW)	62	13,0

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=476).

3.2 Alter bei Abschluss von Schule und Studium

Die späteren Professoren/-innen schlossen ihre Schulausbildung mit einem durchschnittlichen Alter von 19,6 Jahren²⁴ und dem Abitur²⁵ ab. Auffallend ist, dass dabei nur 78,6 Prozent (250) der Untersuchten ein Gymnasium besuchten.²⁶ In dieser Hinsicht machen sich die Folgen des Zweiten Weltkrieges deutlich bemerkbar. Während des Krieges hatte das Abitur ‚Notlösungen‘ zu weichen, nach dem Krieg musste der

²⁴ N=315 und Standardabweichung 1,5 Jahre.

²⁵ N=329. In 317 Fällen wurde die Schule mit dem Abitur abgeschlossen, in 12 Fällen mit einem (kriegsbedingten) Äquivalent.

²⁶ N=318. 4,4 Prozent (14) erhielten ihren Abschluss noch an einem Realgymnasium und 17 Prozent (54) an anderen Institutionen (2. Bildungsweg).

verpasste Abschluss dann in vielen Fällen auf dem 2. Bildungsweg nachgeholt werden. Studiert haben die Befragten nahezu ausnahmslos an Universitäten. Auf Pädagogische Hochschulen o.ä. Einrichtungen fällt nur ein verschwindend geringer Anteil (< 3 Prozent). Zum Zeitpunkt der Beendigung des Studiums lag das durchschnittliche Alter bei 26,5 Jahren.²⁷ Betrachtet man die verschiedenen Abschlussarten des jeweiligen Erststudiums in Tabelle 3, so liegt das Diplom insgesamt noch vor Staatsexamen und direkter Promotion. Nur 10 Prozent beendeten das Studium mit einem Magister. Abweichende Abschlüsse ergaben sich dabei in der Regel durch ein Studium außerhalb des deutschen Universitätssystems. Gemessen an der gängigen Annahme, der allgemeine Aufschwung des Faches bis in die 1970er Jahre beruhe hauptsächlich auf dem Faktor Lehrerausbildung (Mohr 1995: 27) überrascht es, dass der eigene Nachwuchs der Disziplin – trotz Mitbeachtung der Professoren/-innen an den Pädagogischen Hochschulen – diesem Muster nur bedingt zu entsprechen vermag. Die Rekrutierung des Nachwuchses unterliegt somit auch in der Politikwissenschaft den der Wissenschaft ‚eigenen‘ Gesetzen.

Tabelle 3: Art des Hochschulabschlusses

<i>Hochschulabschluss</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>
Diplom	150	34,0
Staatsexamen	126	28,6
direkte Promotion	103	23,3
Magister	44	10,0
andere	18	4,1

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=441).

Darüber hinaus wurde von uns zu ermitteln versucht, wie viele der späteren Inhaber/-innen von politikwissenschaftlichen Professuren das Fach während ihres eigenen Studiums auch ‚gelernt‘ haben. Hier lagen die Zahlen auf einem überraschend niedrigen Niveau: Bei nur knapp 65 Prozent (290) konnte Politikwissenschaft als eines der Studienfächer (unter anderen) ermittelt werden.²⁸ In diesen Wert sind die Fälle, bei denen es sich sogar nur um ein Fach im Rahmen eines Zusatzstudiums nach dem bereits erfolgten (ersten) Hochschulabschluss handelt, schon mit eingeflossen. Das spätere Lehrfach war sogar nur in etwas über 36 Prozent (165) der nachweisbaren Fälle als alleiniges Abschlussfach oder wenigstens unter den Abschlussfächern vermerkt.²⁹ Bei Abschlüssen in anderen Fächern erreichten – wie zu erwarten – Rechts- und Wirtschaftswissenschaften besonders hohe Anteile. Kombinationen zwischen diesen Fächern und der Politikwissenschaft sowie Auswirkungen des Studiums in diesen Fächern auf die Wahl späterer Arbeitsbereiche wären in einem getrennten Arbeitsschritt zu ermitteln. Bei diesen Angaben macht sich sehr deutlich der Umstand bemerkbar, dass sowohl die Gründergeneration als auch der größte Teil der zweiten Generation noch keine Ausbildung innerhalb des späteren Lehrfaches genießen konnten. Politikwissenschaft war als

²⁷ N=394 und Standardabweichung 3,2 Jahre.

²⁸ N=446.

²⁹ N=456.

mögliches Studienfach an den deutschen Universitäten noch nicht vorhanden. Eine Zuordnung zur Politikwissenschaft erfolgte deshalb nicht über das Studium des Faches, sondern über eine Promotion an einem der neu geschaffenen Lehrstühle oder über eine später angeschlossene Habilitation im Fach Politikwissenschaft.

3.3 Alter bei Promotion, Habilitation und Erstberufung

Noch vor dem Zeitpunkt der ersten Berufung ist besonders der Altersdurchschnitt an den beiden anderen für das deutsche Hochschulsystem markanten Wendepunkten einer Universitätslaufbahn von Bedeutung, der Promotion und Habilitation. Die Angehörigen der Untersuchungsgruppe wurden im Durchschnitt in einem Alter von 30,2 Jahren promoviert.³⁰ Trotz eines hohen Anteils rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Studienabschlüsse (s.o.) haben über zwei Drittel (68,7 Prozent) der späteren Professoren/-innen ihre Promotion zum Dr. phil. abgeschlossen (Tabelle 4). Im Durchschnitt erfolgte die Habilitation mit genau 38 Jahren, also rund 8 Jahre nach erfolgreich abgelegter Promotion.³¹ Insgesamt ließ sich allerdings nur für weit weniger als zwei Drittel der Professoren/-innen eine Habilitation nachweisen (Tabelle 5). Hiervon erfolgten 8,5 Prozent auf kumulativer Basis. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass über 40 Prozent der Inhaber/-innen von Professuren für Politikwissenschaft in Deutschland nicht habilitiert sind. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine Habilitation nicht jederzeit zwingend vorgeschrieben war.³² Wie Tabelle 6 zeigt, erfolgte in 83 Prozent der bekannten Fälle die Erteilung der *Venia legendi* im Bereich Politikwissenschaft. Von den Angaben beziehen sich 14 auf Politikwissenschaft in ausdrücklicher Kombination mit einem Teilgebiet, 16 auf Politikwissenschaft in Kombination mit einem anderen Lehrfach.

Tabelle 4: Zuordnung der Promotion

Promotion	total	in %
Dr. phil. oder PhD	399	68,7
Dr. rer. pol.	83	14,3
Dr. jur.	58	10,0
andere	21	3,6
Dr. rer. soc.	20	3,4

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=585).

³⁰ N=561 und Standardabweichung 4,3 Jahre.

³¹ N=333 und Standardabweichung 4,8 Jahre.

³² Da es uns zumindest als erklärungsbedürftig erschien, einen so wichtigen Karriereschritt im Curriculum vitae nicht aufzuführen, sind wir davon ausgegangen, dass bei fehlenden Angaben im Fragebogen oder in den überprüften Verzeichnissen auch keine Habilitation stattgefunden hat. In weit über einem Drittel (38,4 Prozent) dieser Fälle erfolgte eine entsprechende Angabe im Fragebogen mit dem Hinweis, der Ruf sei entweder ohne Habilitation oder noch vor dem offiziellen Abschluss des Verfahrens erfolgt oder eine entsprechende Stelle im Ausland als Äquivalent bewertet worden.

Tabelle 5: Habilitationsverhalten

<i>Habilitation</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>
Habilitation	353	58,5
keine Habilitation	250	41,5

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=603).

Tabelle 6: Überblick über die Venia legendi

<i>Venia legendi</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>
Politikwissenschaft	205	83,1
Soziologie	13	5,3
Geschichte	10	4,0
Rechtswissenschaft	10	4,0
andere	9	3,6

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=247).

Wie Tabelle 7 verdeutlicht, ist das durchschnittliche Alter an den Karrierewendepunkten Promotion, Habilitation und Erstberufung in den letzten vier Jahrzehnten jeweils um etwas mehr als drei Jahre angestiegen, die einzelnen Sequenzen zwischen den Karrierewendepunkten ähneln für den Zeitraum von 1990 bis 1999 allerdings stark denen für die Jahre 1960 bis 1969.³³ Der Zeitraum vor 1960 fand in diesem Fall keine Berücksichtigung, da sich hier in vielen Fällen Promotionsdaten aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg mit Nachkriegshabilitationen verbinden (o.Ä.), und das Ergebnis so unnötig verzerrt wird. Seit 1970 ist das durchschnittliche Alter in aller drei Kategorien zudem ständig angestiegen, wenn auch nicht in allen Bereichen in vergleichbaren Abständen. Hier liegt eine interessante Abweichung von der allseits geführten Diskussion um zu lange Studien- und Qualifizierungszeiten vor: Obwohl die direkte Promotion gerade für den Zeitraum von 1960 bis 1969 eher die Regel denn eine Ausnahme darstellte, und die Zeit vom Beginn des Studiums bis zum ersten Karrierewendepunkt somit drastisch reduziert wurde, war die Zeitspanne zwischen Promotion und Erstberufung nicht kürzer als im Vergleichszeitraum von 1990 bis 1999. Ständig verkürzt hat sich indessen der Zeitraum für eine Bewerbung auf eine politikwissenschaftliche Professur (bei Annahme einer Altersgrenze von 52 Jahren).

Zwischen 1970 und 1979 war die Sequenz zwischen Habilitation und Berufung besonders klein. Dies erklärt sich durch den Umstand, dass zu dieser Zeit ein besonders hoher Bedarf an Professoren/-innen für die Disziplin bestand und die Mehrheit der Stelleninhaber/-innen zu dieser Zeit sogar ohne Habilitationsverfahren berufen werden konnte. Der Anteil der Habilitierten an den Erstberufungen lag für die Jahre zwischen 1960 und 1969 (knapp 47 Prozent) sowie 1970 und 1979 (rund 44 Prozent)

³³ Ein 1995 im Vergleich zum Jahr 1970 um ganze 12 Jahre höher liegendes Erstberufungsalter (vgl. die Ergebnisse der entsprechenden Regressionsanalyse bei Armingeon 1997: 107) erscheint auf der Basis dieser Zahlen äußerst unwahrscheinlich. Eine Überprüfung unseres gesammelten Datenmaterials ergibt ‚nur‘ eine Steigerung um sieben Jahre, von einem Durchschnittsalter von 39 (1970) auf knapp 46 Jahre (1995).

Tabelle 7: Durchschnittsalter an den und entsprechende Sequenzen zwischen den Karrierewendepunkten

Erstberufung zwischen	Karrierewendepunkt			Sequenz		
	Promotion	Habilitation	Erstberufung	P → H	H → EB	P → EB
1960–1969	27,8 Jahre	36,5 Jahre	40,7 Jahre	8,7 Jahre	4,2 Jahre	12,9 Jahre
1970–1979	30,6 Jahre	37,2 Jahre	38,4 Jahre	6,6 Jahre	1,2 Jahre	7,8 Jahre
1980–1989	30,5 Jahre	38,0 Jahre	41,8 Jahre	7,5 Jahre	3,8 Jahre	11,3 Jahre
1990–1999	31,0 Jahre	39,5 Jahre	43,9 Jahre	8,5 Jahre	4,4 Jahre	12,9 Jahre

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=510 (P); N=311 (H); N=517 (EB)).

nur etwa halb so hoch wie während der Jahre 1980 bis 1989 (über 85 Prozent). Im Zeitraum von 1990 bis 1999 sollte er bereits wieder auf etwas über 78 Prozent absinken. Das durchschnittliche Alter bei der Erstberufung wird durch die ‚fehlende‘ Habilitation aber nicht ‚künstlich‘ nach unten gedrückt, da ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Mitglieder der Untersuchungseinheit vor der Einnahme einer Professur in anderen wissen- oder außerwissenschaftlichen Zusammenhängen – oft auch im Ausland – tätig war. Ob eine getrennte Bewertung für verschiedene Gruppen in unserer Untersuchungspopulation sinnvoll gewesen wäre, bleibt offen. Die diesbezüglichen Stichproben verwiesen aber auf recht ähnliche Altersschnitte. Als ein Beispiel für diese Hypothese mag der Bereich der Politischen Bildung dienen: Die hier Tätigen haben zwar in vielen Fällen keine Habilitation, aber der Zeitraum bis zur Einnahme einer Professur gleicht in seiner zeitlichen Länge dem der Habilitierten, da Erstere oft bis zu ihrer Berufung als Lehrer beschäftigt waren. Hier kann man von einer Art *Praxis-Äquivalent* zur Habilitation sprechen.

Insgesamt lag das durchschnittliche Alter beim Antritt der ersten Professur für den gesamten Untersuchungszeitraum von 1949 bis 1999 bei 41,2 Jahren.³⁴ Die überwiegende Mehrheit der Lehrstuhlinhaber/-innen (knapp 70 Prozent) verblieb während ihrer Laufbahn auf der zuerst angenommenen Stelle. Ein knappes Viertel hatte 2 Professuren inne, nur wenige besetzten während ihrer (bisherigen) Laufbahn 3 oder sogar 4 verschiedene Professuren (Tabelle 8).³⁵ Die Umwidmung einer Professur an einer Pädagogischen Hochschule bei der Eingliederung in eine Universität zählte dabei als ‚neue‘ Professur. Dieser Schritt ist unseres Erachtens durch die damit korrespondierende Statusverbesserung gerechtfertigt – wenn auch nicht in allen Fällen ein Orts- bzw. Universitätswechsel im eigentlichen Sinne vorliegt.

³⁴ N=544 und Standardabweichung 6,9 Jahre.

³⁵ Die Angaben in Tabelle 8 beziehen sich nur auf die innerhalb des deutschen Universitätssystems eingenommenen Professuren und schließen auch die Wechsel in andere Fächer mit ein. Wechsel von einer oder auf eine Professur im Ausland wurden nicht mitgezählt.

Tabelle 8: Anzahl eingennommener Professuren

<i>Professuren</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>
1 Professur	419	69,5
2 Professuren	142	23,5
3 Professuren	39	6,5
4 Professuren	3	0,5

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=603).

3.4 Führende Studienorte und führende Bundesländer für Promotion, Habilitation und Berufung

Für das Fach Politikwissenschaft haben sich in Deutschland einige (regionale) Schwerpunkte herausgebildet. Neben traditionellen deutschen Universitätsstädten wie Freiburg, Heidelberg oder Tübingen gilt dies auch für Orte wie Berlin, wo dem Fach eine besondere Bedeutung zukommt. Ein Überblick über die Liste der ‚beliebtesten‘ Promotions-, Habilitations- und Berufungsorte zeigt indessen auch einige erfolgreiche ‚Newcomer‘ in Sachen Politikwissenschaft. Als Grundlage für die Tabellen 9 und 10 dienen in jeder Rubrik die 10 bzw. 5 ‚gefragtesten‘ Hochschulorte und Bundesländer.

Tabelle 9: ‚Top 10‘ der Orte für Promotion, Habilitation sowie Erst- und Wiederberufungen (für das Fach Politikwissenschaft)

<i>Promotion</i>		<i>Habilitation</i>		<i>Berufungen</i>	
Berlin	86	Berlin	64	Berlin	107
München	51	München	26	Frankfurt am Main	32
Frankfurt am Main	47	Mannheim	18	München	29
Freiburg	39	Bonn	16	Hamburg	28
Heidelberg	39	Freiburg	15	Konstanz	23
Tübingen	35	Frankfurt am Main	14	Münster	19
Marburg	31	Heidelberg	13	Gießen	17
Köln	26	Tübingen	13	Erlangen/Nürnberg	17
Bonn	24	Münster	12	Bonn	15
Göttingen	16	Konstanz, Hamburg	10	Hannover, Köln	15

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=571 (P); N=324 (H); N=716 (B)).

Mit Blick auf die Orte belegten die beiden ‚Großstandorte‘ Berlin und München jeweils klar die vorderen Ränge. Traditionelle Hochschulstädte wie Freiburg, Heidelberg und Tübingen belegten in den Rubriken Promotion und Habilitation die entsprechenden Plätze, tauchten aber in den ‚Top 10‘ der Berufungen nicht mehr auf. Als einer der Gründe hierfür ist die Größe der Institute anzuführen. Hier waren im Vergleich zu den großen Instituten nur sehr wenige Professuren zu vergeben. Da das Fach an diesen Standorten aber nahezu seit der Gründung bestand, sind die Professuren zudem noch mit Mitgliedern aus der ersten in Deutschland ausgebildeten Generation von Politikwissenschaftlern besetzt worden. Dies bedeutete nur eine relativ geringe Zahl von Va-

kanzen bzw. Möglichkeiten zur Wiederbesetzung. Im Feld der traditionellen Orte fällt nur Bonn etwas aus dem Rahmen. Es konnte sich auch in der Rubrik Berufungen unter den beliebtesten Orten ‚halten‘. Ob dies mit dem Faktor ‚Regierungssitz‘ zusammenhängt, kann allerdings nur vermutet werden. Marburg tauchte nur in der Rubrik Promotionen in den ‚Top 10‘ auf. Diese Position ist der besonders aktiven Promotionspolitik Wolfgang Abendroths geschuldet. In der Rubrik Berufungen finden sich nun auch neue Großstandorte wie Frankfurt am Main, Hamburg oder Konstanz auf den vorderen Plätzen. Ob die bezüglich der Politikwissenschaft ‚neuen‘ hessischen Universitätsstädte, wie Darmstadt, Frankfurt am Main und Gießen, sozusagen ein Auffangbecken für den Überschuss der Marburger Promovierten bieten konnten, wäre Gegenstand einer eigenen Untersuchung.

Tabelle 10: ‚Top 5‘ der Bundesländer für Promotion, Habilitation sowie Erst- und Wiederberufungen (für das Fach Politikwissenschaft)

<i>Promotion</i>		<i>Habilitation</i>		<i>Berufungen</i>	
Baden-Württemberg	142	Baden-Württemberg	71	Nordrhein-Westfalen	127
Hessen	90	Berlin	64	Berlin	107
Berlin	86	Nordrhein-Westfalen	59	Bayern	89
Nordrhein-Westfalen	80	Bayern	43	Baden-Württemberg	88
Bayern	72	Hessen	28	Hessen	86

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=571 (P); N=324 (H); N=716 (B)).

Eine Verteilung auf die Bundesländer bietet ein nur wenig überraschendes Ergebnis: In allen drei Rubriken heißen die ‚führenden‘ Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen – allerdings mit wechselnden Rängen. Es kann aber nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass alle drei Karrierestufen innerhalb eines Bundeslandes absolviert wurden. Nimmt man diesen Fall aber einmal an, so lassen die Angaben in Tabelle 10 genug Raum für Gedankenspiele. Da in der Mehrzahl der Länder weitaus mehr Berufungen stattgefunden haben als Habilitationsverfahren und zudem die Zahl der dort Promovierten relativ hoch liegt, kann dies bedeuten: Die Stellen wurden mit ‚überschüssigen‘ Bewerbern aus anderen Bundesländern besetzt oder die Stellen wurden mit ‚Landeskindern‘, aber ohne Habilitationsverfahren besetzt. Zur Klärung dieser Fragen müsste eine genaue Herkunft-Hinkunft-Analyse für alle Karrierestationen durchgeführt werden, die zudem klar zwischen Erst- und Wiederberufungen zu trennen hätte, welche aufgrund der Datenmenge und dem Zustand der Quellen allerdings als ein besonders aufwendiges Verfahren anmutet.

3.5 Kopfstärke des Faches

Im letzten Untersuchungsjahr 1999 lag die ‚aktive‘ Kopfstärke der deutschen Politikwissenschaft bei 354 Professoren/-innen. Unter ‚aktiv‘ wurden diejenigen Hochschul-lehrer/-innen verstanden, die zwischen der Gründung des Faches 1949 und 1999 eine Professur für Politikwissenschaft an einer deutschen Universität innegehabt haben (s.o.) und für den jeweiligen Messzeitraum das festgesetzte Emeritierungsalter von 65 Jahren

noch nicht überschritten hatten.³⁶ Wie Tabelle 11 zu entnehmen ist, hat sich die aktive Kopfstärke des Faches in den Jahren seit 1959 insgesamt mehr als versechzehnfacht. Die immense Steigerungsrate im Jahrzehnt von 1969 bis 1979 ist später wieder auf ein Normalmaß abgesunken. Am Ende der 1980er Jahre drohte die Zahl der Professuren zu stagnieren oder erstmals sogar zurückzugehen, bevor durch die deutsche Vereinigung eine Phase der Konsolidierung der Kopfstärke eintrat.

Tabelle 11: Kopfstärke des Faches Politikwissenschaft von 1959 bis 1999

Jahr	gesamt	m (total)	w (total)	m (in %)	w (in %)
1959	21	21	–	100,0	0,0
1964	51	51	–	100,0	0,0
1969	81	80	1	98,8	1,2
1974	214	204	10	95,3	4,7
1979	268	253	15	94,4	5,6
1984	311	291	20	93,6	6,4
1989	313	290	23	92,7	7,3
1994	350	318	32	90,9	9,1
1999	354	311	43	87,9	12,1

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=603).

In Anbetracht der institutionellen Ausdehnung des Faches in den Jahren zwischen 1989 und 1999 fällt der Anstieg in diesem Jahrzehnt nur relativ gering aus. Die Personalstärke auf der Ebene der Professoren/-innen konnte sich seit Mitte der 1980er Jahre deutlich über der Marke von 310 Professuren halten. Momentan befindet sich die Kopfstärke auf einem konstanten Niveau, ein Rückgang konnte bis auf weiteres vermieden werden. Warum gerade der Politikwissenschaft dieses kleine Wunder gelang, verdeutlichen Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes, die sich mit den Ausschreibungsquoten einzelner Fächer in den letzten Jahren befassen. Als Ergebnis dieser Studien kann festgehalten werden, dass die Politikwissenschaft in den 1990er Jahren von einer überdurchschnittlichen Ausschreibungsquote profitiert hat.³⁷ Das Fach wurde gleichsam durch seine bisherige Nichtexistenz in den neuen Bundesländern personell stabilisiert. Zugleich zeigt ein Vergleich der beiden Gründungsphasen des Faches in den 1950er und in den 1990er Jahren, dass zwei gänzlich verschiedene Ausgangsbedingungen auch zu unterschiedlichen Entwicklungen führen. Wenn es darum geht,

³⁶ Wechsel auf eine Professur im Ausland oder in ein anderes Fach sowie das Ausscheiden aus dem deutschen Universitätssystem vor dem Erreichen der offiziellen Altersgrenze wurden beim Erstellen von Tabelle 11 berücksichtigt. Es floss jeweils nur die reale Verweildauer auf einer Professur für Politikwissenschaft in die Berechnung der Tabelle mit ein.

³⁷ 1993 lag die durchschnittliche Ausschreibungsquote bei 10,5 Prozent der vorhandenen Stellen, für Politikwissenschaft sogar bei 15,2 Prozent (Geschichte 7,5 Prozent, Sozialwissenschaften 7,2 Prozent). 1995 lag die durchschnittliche Quote bei 6,3 Prozent, (Politikwissenschaft 8,7 Prozent, Geschichte 6,2 Prozent, Sozialwissenschaften 5,3 Prozent), 1997 bei 5,1 Prozent (Politikwissenschaft 6,4 Prozent, Geschichte 4,3 Prozent, Sozialwissenschaften 2,6 Prozent). 1999 befindet sich das Fach mit einer Quote von 6,1 Prozent noch genau im Durchschnitt (Geschichte 4,9 Prozent, Sozialwissenschaften 5,3 Prozent). Zu den Zahlenangaben und ihrem Entstehungskontext vgl. Wirth (2001: 480–482).

eine bereits konsolidierte und fest institutionalisierte Disziplin auf bisher nicht für das Fach erschlossene Regionen zu übertragen, liegt die Besetzungsquote deutlich höher als bei der Einführung einer völlig neuen Disziplin in ein bisher geschlossenes Hochschulsystem. So sind in den neuen Bundesländern die Kernbereiche der Disziplin an allen Standorten innerhalb nur weniger Jahre abgedeckt worden.

Der Anteil der von Frauen besetzten Professuren lag im Jahr 1999 bei 12,1 Prozent. Er hat sich damit in den letzten 20 Jahren zwar mehr als verdoppelt, ist aber weiterhin nicht besonders hoch. Im Rahmen der Quellenerschließung für diese Untersuchung hat sich gezeigt, dass die hier nicht mitgezählten Teilzeit- oder Sonderprofessuren in einem erheblichen Maß von Frauen besetzt sind. Bei einer 1:1-Umwandlung in reguläre Professuren würde der Frauenanteil in der deutschen Politikwissenschaft somit automatisch um einige Prozentpunkte ansteigen. Besser sehen die Zahlen aus, wenn man sich den Erstberufungen der Jahre 1990 bis 1999 zuwendet: Hier ergab unsere Analyse einen Frauenanteil von bereits 18 Prozent.

3.6 Die Altersstruktur der Professorenschaft

Von seiner Altersstruktur her muss das Universitätsfach Politikwissenschaft in Deutschland als erheblich überaltert angesehen werden. Das aktuelle Durchschnittsalter der Inhaber/-innen von Professuren liegt heute bei knapp über 55 Jahren und damit noch über dem Wert für die Zeitperiode der so genannten Gründergeneration. Dieser Umstand ist umso bedenklicher, da die Gründerväter gemeinhin als eine große Ausnahme innerhalb der Professorenschaft für Politikwissenschaft angesehen wurden. Sie erhielten ihren Ruf ohne eine eigentliche Ausbildung innerhalb des Faches in Deutschland, oft nach der Rückkehr aus der Emigration und in einem bereits fortgeschrittenen Alter. Der Anteil der unter 45 Jahre alten Professoren/-innen betrug im Jahr 1999 lediglich 11,6 Prozent, der Anteil der zwischen 55- bis 65-Jährigen lag dagegen bei fast zwei Dritteln (Tabelle 12). Der jüngste Inhaber einer Professur des Faches in Deutschland war im Jahr 1999 33 Jahre alt. Mit diesen ‚inneren‘ Werten lag das Fach sogar noch weit über den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Zahlen, nach denen im Jahr 1999 insgesamt 56 Prozent aller Professoren/-innen in Deutschland 55 Jahre oder älter waren (Wirth 2001: 480).

Betrachtet man diese Vergleichszahlen, so ist es nicht übertrieben, die deutsche Politikwissenschaft sogar als *stark überaltert* zu bezeichnen, zumal die direkten Folgen der ‚Vergreisung‘ nicht lange auf sich warten lassen werden. Der entscheidende Umbruch in der Personalstruktur – zwischen 1999 und 2009 werden, wie aus den genannten Zahlen folgt, über 65 Prozent der Professoren/-innen offiziell in den Ruhestand gehen – fällt nämlich in einen äußerst ungünstigen Zeitraum, in dem generelle Umbrüche in der Wissenschaftslandschaft und in der Grundstruktur der Universitäten auf der politischen (und gesellschaftlichen) Tagesordnung stehen. Zwar lässt sich diese ungünstige Altersstruktur mit dem extremen Ausbau der Disziplin in den späten 1960er und den gesamten 1970er Jahren begründen. Doch die damalige ‚Verjüngung‘ des Faches – im Jahr 1969 waren fast 55 Prozent und im Jahr 1979 immer noch knapp 47 Prozent der Professoren/-innen unter 45 Jahre alt – hat sich heute ins Negative gewendet: Über Jahre hinweg konnten vergleichsweise nur sehr wenige Vakanzen aus Altersgründen

Tabelle 12: Altersstruktur des Faches Politikwissenschaft von 1959 bis 1999
(aktive Professoren/-innen)

	1959		1969		1979		1989		1999	
Altersminimum	37		34		32		39		33	
Altersmaximum	63		65		64		65		65	
Altersdurchschnitt	54,4		45,2		45,6		52,6		55,2	
	<i>total</i>	<i>in %</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>
unter 45 Jahre	3	14,3	44	54,3	125	46,7	18	5,8	41	11,6
45 bis 54 Jahre	4	19,0	18	22,2	110	41,0	180	57,5	86	24,3
55 bis 65 Jahre	14	66,7	19	23,5	33	12,3	115	36,7	227	64,1
Kopfstärke	21	100,0	81	100,0	268	100,0	313	100,0	354	100,0

Quelle: Datensatz Politikwissenschaft Deutschland 1949–99 (N=603).

verzeichnet werden. Die Altersstruktur hat sich also nicht kontinuierlich herausgebildet, sondern ist durch eine einmalige Ausnahmesituation zustande gekommen. Auch die zweite Einstellungswelle an den ostdeutschen Universitäten in den 1990er Jahren konnte dieses Defizit nur bedingt ausgleichen. Zum einen war die Anzahl der Stellen insgesamt zu gering, es war aber immerhin ein Ausgleich der durch Streichung verloren gegangenen Stellen möglich, zum anderen waren die neuen Inhaber/-innen der Professuren ihrerseits schon relativ alt: Der Altersschnitt bei Erst- und Wiederbesetzungen lag zwischen 1989 und 1999 in den alten Bundesländern bei 45,3, in den neuen Bundesländern sogar bei 46,6 Jahren. Auch die Einführung der so genannten Juniorprofessuren wird unseres Erachtens nicht in der Lage sein, diesem Trend entgegenzuwirken, denn es ist nicht absehbar, dass sie gemäß der momentan gültigen wissenschaftspolitischen Vorgaben wirklich in reguläre Professuren überführt werden.

4. Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die kollektivbiographische Untersuchung ergibt in der Zusammenschau, dass es sich bei der Politikwissenschaft an den deutschen Universitäten um eine Disziplin handelt, deren Professoren/-innen einem national äußerst homogenen und der Tendenz nach städtisch und bürgerlich geprägten sozialen Hintergrund entstammen. An den Karriere Wendepunkten Promotion (30 Jahre), Habilitation (38 Jahre) und erste Berufung (41 Jahre) zeigt das durchschnittliche Alter, dass die Politikwissenschaft sozusagen eine ‚normale‘ Disziplin ist.³⁸ Trotz Einstellungsboom in den 1970er Jahren ist das Fach

³⁸ Die Aussage gilt in ihrer Tendenz zumindest mit Blick auf andere sozialwissenschaftliche Fächer. So kommt eine Erhebung zur Altersstruktur und den Karrierewegen der heute amtierenden Professoren/-innen der Soziologie in Deutschland für Promotion (31 Jahre), Habilitation (38 Jahre) und Erstberufung (40 Jahre) zu ähnlichen Ergebnissen (vgl. Hillmert 2003: 125–128). Wie die entsprechenden Zahlen für eine soziologische Vergleichspopulation für die Jahre 1949 bis 1999 aussehen würden, bleibt an dieser Stelle aber offen. Armingeon's Untersuchung der amtierenden Professoren/-innen der Politikwissenschaft – allerdings für Deutschland, Österreich und die Schweiz – kommt zu einem durchschnittlichen Alter von 30 Jahren bei der Promotion, 37 Jahren bei der Habilitation und 39 Jahren bei der Erstberufung (vgl. Armingeon 1997: 105–107).

dem kontinuierlichen, in der deutschen Wissenschaft üblichen, Altersanstieg an den Karrierewendepunkten nicht entkommen. Der Anteil der Professorinnen hat sich zwar seit Mitte der 1980er Jahre verdoppelt, beträgt aber immer noch (magere) 12 Prozent. Hier sind weitere Verbesserungen angebracht (vgl. Sauer 2003).³⁹ Und schließlich: Obwohl die Disziplin mit ihren 354 Professoren/-innen im Stichjahr 1999 nicht den ‚kleinen Fächern‘ zuzurechnen ist, zeichnet sie sich nach innen durch eine nur geringe Fluktuation aus. 70 Prozent der Berufenen verbleiben bis zum Ende ihrer Karriere, also durchschnittlich über 20 Jahre, auf dem ursprünglich eingenommenen Lehrstuhl.

Mit Blick auf die aktuelle Situation des Faches ist ein Befund unserer Untersuchung von besonderer Brisanz: die im Vergleich mit anderen Fächern extreme Überalterung der Politikwissenschaft. In deren Folge werden 65 Prozent von den im Jahr 1999 aktiven Professoren/-innen in den nächsten 5 Jahren in den Ruhestand getreten sein. Es ist völlig unklar, welche längerfristigen Folgen dieser Aderlass für das Fach (inklusive der Fachverlage und Fachzeitschriften) haben wird: Welche Professuren werden in den kommenden haushaltspolitischen Auseinandersetzungen neu besetzt werden können? Werden es traditionell politikwissenschaftliche Stellen sein oder wird sich das Fach im Zuge der begonnenen Reform von Studiengängen auflösen? Historisch gesehen wäre dies kein Novum, man denke nur an die Auflösung einer umfassenden ‚Policywissenschaft‘ in verschiedene universitäre Einzeldisziplinen im Verlauf des 18. Jahrhunderts (vgl. hierzu Bleek 2001: Kapitel 3–5). Generationswechsel gelten als wichtige Katalysatoren für Veränderungen im Rahmen wissenschaftlicher Disziplinen⁴⁰ und werden gemeinhin als ‚Chance‘ deklariert. Dies gilt besonders in der heutigen Zeit, in der angesichts einer überalterten Gesellschaft ein allgemeiner ‚Kultus der Jugend‘ ausgerufen worden zu sein scheint, der mittlerweile auch die aktuelle Berufungspolitik erreicht hat. Völlig offen ist dabei, welche kognitiven Fachbestandteile den anstehenden geballten personellen Veränderungen zum Opfer fallen werden. Ein zusätzlicher Veränderungsdruck kommt von Seiten der Studiengänge. Auch wenn derzeit genaue Daten bzw. Untersuchungen zur Entwicklung der Anzahl und innerfachlichen Verteilung der Studierenden sowie der Veränderung der Studiengänge fehlen, steht doch zu erwarten, dass es in absehbarer Zukunft, d.h. den nächsten zehn bis 15 Jahren, im Zuge des im Jahr 1999 in Bologna beschlossenen Prozesses einer Europäisierung der Universitätslandschaft auch in Deutschland zu einer Vielzahl neuartiger B.A.- und M.A.-Studiengänge mit Beteiligung der bisherigen Politikwissenschaft kommen wird. Was bedeutet diese Entwicklung für das Fach? Die Erwartung scheint nicht unplausibel, dass die dann einerseits stark personell und wohl auch institutionell geschrumpfte, andererseits auf ganz unterschiedliche Studiengänge aufgeteilte, Universitätsdisziplin ‚Politikwissen-

39 In diesem Zusammenhang drängen sich zwei Folgefragen auf: Geht die positive Entwicklung mit einem Ausbau der Frauenprofessuren einher und inwieweit gibt es einen Zusammenhang zwischen dieser Entwicklung und inhaltlichen Veränderungen in Teilbereichen des Faches (Feminismusforschung)?

40 So gelten für die deutsche Politikwissenschaft die 1960er und 1970er Jahre als Phase der Modernisierung und Professionalisierung. Die Stellenexplosion legte aber gleichzeitig den Grundstein für heutige Probleme. Im Gegensatz beispielsweise zur Volkswirtschaftslehre wird der jungen Generation in der Politikwissenschaft – auch aufgrund der massiven Kürzungen im Hochschulbereich – nur ein begrenzter Einfluss auf die zukünftige Entwicklung des Faches eingeräumt (vgl. Bönker 2002).

schaft‘ zukünftig nicht einmal mehr als normierende Klammer dieser unterschiedlichen Aktivitäten fungieren kann und wird.

Die Kollektive Biographie kann die bisherige Fachgeschichtsschreibung nicht ersetzen, sie soll sie aber um eine wesentliche Facette ergänzen. Zugleich öffnet sich die Wissenschaftsgeschichte des Faches auf diese Weise für Fragen, die über den gegenwärtigen Forschungshorizont hinausgehen. So sind die von uns präsentierten Daten zwar nur ein erster notwendiger Schritt auf dem Weg zu einer ihren Namen verdienenden Sozialgeschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. Aber immerhin bieten sie die Möglichkeit, das Fach und seine Entwicklung auf breiterer Basis mit anderen Fächern in Deutschland oder der Politikwissenschaft in anderen Ländern in einen komparativen Blick zu bekommen. Am Ende weiterer Untersuchungen könnte die Einordnung der speziellen politikwissenschaftlichen Entwicklungsdynamiken in größere wissenschaftshistorische Zusammenhänge stehen; als besonders spannende Untersuchungsgebiete erweisen sich hier disziplinäre Spezialisierungsprozesse, Erfolgsaussichten wissenschaftlicher Modeerscheinungen oder die Relevanz wissenschaftlicher Trans- und Interdisziplinarität. Für den Bereich ‚Personen‘ wäre zudem an die Erarbeitung eines biographischen Handbuchs zur deutschen Politikwissenschaft zu denken, wozu mit unseren Recherchen sowohl in methodischer wie auch in praktischer Hinsicht bereits mehr als ein erster Schritt geleistet ist.

Literatur

- AG Berliner Akademiegeschichte*, 1997: Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.), Jahrbuch 1997. Berlin 1998, 279–287.
- Armingeon, Klaus*, 1997: Karrierewege der Professoren und Professorinnen der Politikwissenschaft in der Schweiz, Österreich und Deutschland, in: *Swiss Political Science Review* (3), 103–117.
- Bleek, Wilhelm*, 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München.
- Böhret, Carl*, 1984: Ein Bericht für das 1. Wissenschaftliche Symposium der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (November 1984) in Hannover, in: *Hartwich, Hans-Hermann* (Hrsg.), Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zu den Grundfragen der Politikwissenschaft. Opladen 1985, 216–331.
- Bönker, Frank*, 2002: Generationswechsel und wissenschaftlicher Wandel in Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre Ende der 60er Jahre und heute, in: *Bredel, Ursula/Hoffmann, Nicole* (Hrsg.), Almas Kinder – Generationswechsel in der Wissenschaft? Frankfurt am Main u.a., 61–71.
- Bruch, Rüdiger vom*, 1980: Universität, Staat und Gesellschaft. Neuere sozial-, disziplin- und personengeschichtliche Beiträge zum deutschen Hochschulwesen vorwiegend im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: *AfS* (20), 526–544.
- Bruch, Rüdiger vom*, 1989: Bildungssystem, Universitäten, Wissenschaften, Gelehrte. Neuere Arbeiten und Ansätze zur deutschen Entwicklung vom 18. zum 20. Jahrhundert, in: *AfS* (29), 439–481.
- Chroust, Peter*, 1993: Deutsche Universitäten und Nationalsozialismus, Forschungsstand und eine Fallstudie: Karrieremuster und politische Orientierung der Gießener Professorenschaft (1918–1945), in: *Schriewer, Jürgen/Keiner, Edwin/Charle, Christophe* (Hrsg.), Sozialer Raum und akademische Kulturen. Studien zur europäischen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main u.a., 61–112.

- Deutsch, Robert/Schröder, Wilhelm Heinz*, 1985: Geschichtswissenschaft zwischen professioneller Autonomie und politisch-sozialer Heteronomie: Wissensproduktion und kollektive Biographie der rumänischen Historiker 1924–1947, in: *Schröder, Wilhelm Heinz* (Hrsg.), *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*. Stuttgart, 147–180.
- Fuchs-Heinritz, Werner*, 2000: *Biographische Forschung. Eine Einführung in Praxis und Methoden*. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen.
- Hausjekk, Fritz*, 1989: Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus. Eine kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945–1947). 2 Bde. Frankfurt am Main u.a.
- Hillmert, Steffen*, 2003: Altersstruktur und Karrierewege der Professorinnen und Professoren in der deutschen Soziologie, in: *KZFSS* (55), 116–136.
- Hochschulrektorenkonferenz* (Hrsg.), 1999: *Studienangebote deutscher Hochschulen*. Ausgabe 6 (SS 2000). Bonn.
- Klingemann, Hans-Dieter/Falter, Jürgen W.*, 1998: Die deutsche Politikwissenschaft im Urteil der Fachvertreter. Erste Ergebnisse einer Umfrage von 1996/97, in: *Greven, Michael Thomas* (Hrsg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens?* 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen, 305–341.
- Kocka, Jürgen*, 1977: Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: *Best, Heinrich/Mann, Reinhard* (Hrsg.), *Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung*. Stuttgart, 4–10.
- Lamnek, Siegfried*, 2002: Methodenintegration am Beispiel der Lebenslauf- und Biographieforschung, in: *FQS* 3, On-line Journal. (<http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/4-02review-lamnek-d.thm>, Stand: 20.05.2003).
- Lehmbruch, Gerhard*, 1995: Die Politikwissenschaft im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: *derselbe* (Hrsg.), *Einigung und Zerfall: Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. 19. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen, 329–360.
- Mohr, Arno*, 1995: Politikwissenschaft als Universitätsdisziplin in Deutschland, in: *derselbe* (Hrsg.), *Grundzüge der Politikwissenschaft*. München/Wien, 1–53.
- Mohr, Arno*, 2003: Die Politikwissenschaft entdeckt die Archive. Neuere Arbeiten zur Geschichte des Faches in Deutschland, in: *NPL* (48), 66–95.
- Rupp, Hans Karl/Noetzel, Thomas*, 1991: *Macht, Freiheit, Demokratie*. Bd. 1: Anfänge der westdeutschen Politikwissenschaft. Biographische Annäherungen. Marburg.
- Rupp, Hans Karl/Noetzel, Thomas*, 1994: *Macht, Freiheit, Demokratie*. Bd. 2: Die zweite Generation der westdeutschen Politikwissenschaft. Biographische Annäherungen. Marburg.
- Sauer, Brigitte*, 2003: Die deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft und ihre Frauen, in: *Falter, Jürgen W./Wurm, Felix W.* (Hrsg.), *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 50 Jahre DVPW*. Wiesbaden, 82–98.
- Schmid, Sigrun*, 2000: *Journalisten der frühen Nachkriegszeit. Eine kollektive Biographie am Beispiel von Rheinland Pfalz*. Köln u.a.
- Schröder, Wilhelm Heinz*, 1979: Der Lehrkörper der Technischen Hochschule Berlin 1879–1945, in: *Rürup, Reinhard* (Hrsg.), *Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979*. Berlin u.a., Bd. 1, 51–114 und 592–610.
- Schröder, Wilhelm Heinz* (Hrsg.), 1985a: *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*. Stuttgart.
- Schröder, Wilhelm Heinz*, 1985b: Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Eine Einführung, in: *derselbe* (Hrsg.), *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*. Stuttgart, 7–17.
- Schröder, Wilhelm Heinz*, 1986: *Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918*. Düsseldorf.
- Schröder, Wilhelm Heinz*, 1995: *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933*. Düsseldorf.

- Schröder, Wilhelm Heinz/Weege, Wilhelm/Zech, Martina*, 2000: Historische Parlamentarismus-, Eliten- und Biographieforschung. Köln.
- Stichweh, Rudolf*, 1993: Wissenschaftliche Disziplinen: Bedingungen ihrer Stabilität im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Schriewer, Jürgen/Keiner, Edwin/Charle, Christophe* (Hrsg.), Sozialer Raum und akademische Kulturen. Studien zur europäischen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main u.a., 235–250.
- Stone, Lawrence*, 1971: Prosopography, in: *derselbe*, *The Past and the Present Revisited*. London/ New York 1987, 45–73.
- Tilitzki, Christian*, 2002: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, 2 Bde. Berlin.
- Weber, Wolfgang*, 1984a: *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970*. Frankfurt am Main u.a.
- Weber, Wolfgang*, 1984b: *Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Lehrstuhlinhaber für Geschichte von den Anfängen des Faches bis 1970*. Frankfurt am Main u.a.
- Wirth, Angelika*, 2001: *Entspannung in Sicht. Die Entwicklung des Stellenmarktes für Hochschul-lehrer von 1993 bis 1999*, in: *Forschung & Lehre* (8), 480–482.